

zeitungen

für Rödelheim Praunheim Hausen Industriehof Westhausen

Nr. 12 | Sommer 2018

SO ENTWICKELT SICH RÖDELHEIM

Licht und Schatten

Herbert Bayer | Die Bahnstrecke teilt den Stadtteil Rödelheim in Ost und West. Ob der Bahnhof dabei das trennende oder verbindende Element ist, wird durch Stadtplanungskonzepte maßgeblich bestimmt.

Rödelheim hat einen Wochenmarkt bekommen. Schon wenige Wochen nach der Eröffnung wird deutlich, dass es sich um eine kleine Erfolgsgeschichte handelt. Nicht nur der Bahnhof hat dabei gewonnen: er ist nicht mehr die Trennung, sondern die Verbindung von wichtigen Einrichtungen im Stadtteil. Von West nach Ost ist der Blick inzwischen frei, und das Bahngrün erfreut zusätzlich das Auge, wenn man die Unterführung passiert. Auf der Westseite bieten sich inzwischen sehr belebte Bilder mit gut besuchten Cafés. Der Arthur-Stern-Platz hat sich zum Treffpunkt gemauert.

Mit der Fertigstellung des Arthur-Stern-Platzes neigt sich ein langer Weg dem Ende entgegen. Es ist das vorerst letzte Puzzleteilchen

in einer schier unendlichen Geschichte. Denn Ideen für die Umgestaltung des Rödelheimer Bahnhofs existieren schon seit über 30 Jahren, unzählige Stunden hat sich der Ortsbeirat 7 (Hausen, Industriehof, Praunheim, Rödelheim, Westhausen) bereits mit diesem Thema beschäftigt, immer wieder standen Anträge auf der Tagesordnung. Bis am 15. Juli 2009 tatsächlich die Bagger anrollten und mit der Sanierung begannen. So wurde aus einer Vision am Ende doch noch Wirklichkeit.

Visionen für den Ortskern

Auf der Schattenseite der Stadtteil-Entwicklung steht dagegen der desaströse Leerstand in der Radilostraße und der Kalkentalstraße. Die Einkaufssituation müsste entscheidend ver-

bessert werden. Dazu zählt nach Meinung der Fraktion die farbechten/Die Linke nicht nur die deutliche Reduzierung von Parkflächen für den Autoverkehr, sondern auch die öffentliche Förderung von neuen Geschäften, wie es in anderen Stadtteilen bereits Praxis ist.

**SPIELHALLEN,
EIN-EURO-LÄDEN,
LEERSTAND,
VERKEHR:
DER ORTSKERN
RÖDELHEIMS BIETET
IN DER JETZIGEN
FORM WENIG
AUFENTHALTS-
QUALITÄT!**

In einer Ideenwerkstatt waren Vorschläge für eine Neugestaltung des Rödelheimer Ortskerns gesammelt worden. Das Ergebnis dieser Ideenwerkstatt wurde dann im Anschluss im Rahmen einer öffentlichen Abendveranstaltung der Bürgerinitiative Stufenlos mit Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Das dabei aufgezeichnete Stimmungsbild kann somit als doppelt basisdemokratisch bezeichnet werden; erst wurden die Vorschläge von den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt, anschließend wurde über die vom Stadtplanungsamt verfeinerten Entwürfe von den Bürgerinnen und Bürgern des Stadtteils abgestimmt.

Die im Juni 2017 präsentierten Ergebnisse fielen eindeutig aus und waren Anlass für einen Antrag, den die farbechten/Die Linke in den Ortsbeirat einbrachten: Die Radilostraße soll so umgestaltet werden, dass wesentlich mehr Raum für den lebhaften Fußgängerverkehr, für Aufenthalt und Außengastronomie und für Fahrradabstellmöglichkeiten entsteht. Die Auto-Stellplätze sollen immer nur für Kurzzeitparker freigegeben oder für Anwohner reserviert werden. Dieser Antrag der Fraktion die farbechten/Die Linke erhielt leider noch keine Mehrheit im Ortsbeirat. Wir werden aber weiter in diesem Sinne arbeiten, damit auch diese Vision Wirklichkeit wird. Wir hoffen nicht, dass es wieder 30 Jahre dauert. ◀



Holpriger Start ins neue Schuljahr

Barbara David-Wehe | Die fehlenden Räume im Grundschulbereich der Michael-Ende-Schule in der Assenheimer Straße sind seit Jahren im Ortsbeirat ein Thema. Die aufgestellten Container, die die dringendste Raumnot mildern sollten, sind in einem desolaten Zustand und waren eigentlich von Beginn an nicht geeignet, da sie z.B. keinen Wasseranschluss haben – bei einer Klasse mit Grundschulkindern undenkbar. Die Container selbst sind nicht isoliert, haben also keinen Schallschutz und auch keinen ausreichenden klimatischen Schutz. Fachräume wurden schon lange als Unterrichtsräume genutzt, um den gravierendsten Mangel auszugleichen. Zum Schuljahresbeginn 2017/2018 war anstelle der Container die Errichtung von drei Klassenräumen in Holzmodulbauweise fest zugesagt, aber nicht erfolgt.

Im Amtsblatt der Stadt Frankfurt vom 15. Mai war nun die öffentliche Ausschreibung für die Errichtung eines „Holzmodul-Pavillons“, bestehend aus drei Klassenräumen, einschließlich Gründungsarbeiten zu lesen. Baubeginn sollte der 25. Juni und Termin der Fertigstellung der 28. September in diesem Jahr sein. Also endlich eine Nachricht zum Freuen?

Sicher ist es ein Grund zur Freude, dass nun endlich der notwendige Bau formal auf den Weg gebracht wurde. Dass es trotz anders lautender Zusagen erst jetzt geschah, ist dagegen eher zum Heulen. Auch der zeitliche Rahmen der Fertigstellung ist eine Farce. Denn wer glaubt denn im Ernst, dass sich in diesen Zeiten ein Bauunternehmen findet, das so kurzfristig zur Verfügung steht?

Informellen Informationen zur Folge richtet sich die Schule bereits auf die Nutzung der Container ein. Diese sind zwar ungeeignet – aber immerhin vorhanden. ▶



Gentrifizierung in Rödelheim

Barbara David-Wehe | Frankfurt wächst. Die Gründe hierfür sind vielfältig, doch das Ergebnis das Gleiche: gutverdienende Menschen drängen in die Stadt und sind nicht nur in der Lage, sondern auch bereit, hohe Mieten zu zahlen. Der Bau von Eigentumswohnungen nimmt massiv zu, Mietwohnungen in Altbauten werden in Eigentumswohnungen umgewandelt oder luxussaniert. Dies hat zur Folge, dass sich die Stadtteile verändern, langjährige Bewohner*innen verdrängt werden oder befürchten müssen, auf Dauer nicht in ihrem Stadtteil leben zu können.

Auch Rödelheim bleibt von diesen Veränderungen nicht verschont: Ein besonders kras- ses Beispiel ist die Liegenschaft Am Alten See 19. Hier haben die Eigentümer über Jahre die Zimmer in den heruntergekommenen Woh- nungen einzeln zu einem erheblichen Preis vermietet, teils ohne regulären Mietvertrag und

mit Barzahlung. Viele der Bewohner*innen waren aufgrund ihres Aufenthaltsstatus dar- auf angewiesen, sich auf dieses dubiose Miet- verhältnis einzulassen. Zum August letzten Jahres wurde ihnen gekündigt. Zwar erhielten sie Unterstützung von einer Gruppe junger Rödelheimer*innen, letztendlich resignierten die Bewohner*innen angesichts der Schikanen der Hauseigentümer und zogen aus.

Auch die Mieter*innen des Brentanohauses (Wohnhochhaus in der Tudichumstraße) sind seit September letzten Jahres von Umbau- und Sanierungsmaßnahmen betroffen und beklagen die fehlenden Informationen über den Umfang der Arbeiten und die Kosten, die nach deren Beendigung auf sie zukommen werden. Viele der derzeit dort Wohnenden befürchten, diese Miete nicht zahlen zu können.

Wo neu gebaut wird, handelt es sich in aller Regel um teure Eigentumswohnungen

oder Wohnungen, deren Miete nicht selten bei 15 Euro pro Quadratmeter liegt. Angesichts der Grundstückspreise ist dieser Betrag wohl sogar gerechtfertigt, aber welcher normale Arbeitnehmer oder welche Familie kann sich eine solche Miete leisten? Hier ist die Stadtregierung gefordert, die die Investoren verpflichtet, bei jedem Bauprojekt eine bestimmte Anzahl sozial gebundenen Wohnraums zu schaffen (und dafür die Darlehen des Staates in Anspruch zu nehmen).

Sowohl bei den privaten Investoren, als auch bei den städtischen oder stadtnahen Wohnungsbaugesellschaften ist in diesem Zusammenhang immer die Rede von 30 % gefördertem Wohnungs- bau. Fragt man genauer nach, handelt es sich um 15 % Sozialwohnungen und um 15 % Wohnungen des zweiten Förderwegs. Die Miete für eine Sozialwohnung liegt bei 5,50 Euro/qm, bei einer Wohnung des zweiten Förder- wegs aktuell zwischen 8,50 Euro bis 10,50 €. Menschen, die beim Amt für Wohnungswesen als wohnungssuchend für eine Sozialwohnung registriert sind (und dies waren Ende 2016 9491 Haushalte), ist mit einer Wohnung des zweiten Förderwegs nicht gedient, weil sie auch diese Miete nicht zahlen können. „Da in der jüngeren Vergangenheit überwiegend öffentlich geförderte Wohnungen für Bezieher*innen höherer Einkommen, zum Beispiel im Frankfurter Programm für Familien und Senioren, errichtet wurden, ist aber eine substantielle Entspannung der Situation für Haushalte mit geringem Einkommen nicht in Sicht.“ (Tätigkeitsbericht Amt für Wohnungswesen 2016, Seite 38).

Die sich daraus ergebende Forderung ist klar: Zumindest die städtischen und stad- nahen Wohnungsbaugesellschaften müssen verpflichtet werden, bei Neubauten je ein Drittel Sozialwohnungen (1. Förderweg), familien- freundliche Wohnungen (2. Förderweg) und frei finanzierte Wohnungen zu schaffen. ◀

Was keiner sehen soll ...

Barbara David-Wehe | Ende April begleitete ich eine afghanische Frau zum Handarbeitsangebot der Initiative W.i.R. (Willkommen in Rödel- heim) in die Unterkunft für Geflüchtete in der Au. Dort kam ich mit einem jungen Mann aus Syrien ins Gespräch, dessen Frau und Klein- kind im Rahmen der Familienzusammenfüh- rung nach Frankfurt kommen durften. Er lud mich dazu ein, mir anzuschauen, wie er mit sei- ner Familie lebt. Es handelt sich hierbei um die große Halle mit abgetrennten Wohnkabinen. Was ich dort sah, war für mich Anlass, mich per E-Mail spontan an die zuständige Mitarbeiterin des Flüchtlingsmanagements des Sozialamtes zu wenden: „So kann man, darf man Menschen nicht längerfristig unterbringen!!! Der Raum ist etwa 20 qm groß. An der linken Seite zwei Stockbetten (für vier Personen), weiterhin sechs Stahlspinde, an der rechten Seite ein kleiner Tisch, wahrscheinlich gibt es auch zwei Stüh- le, die mir in der Kürze der Zeit nicht aufge- fallen sind. Der Zugang ist mit einem dicken Kunststoffvorhang abgehängt. Zwei der Spinde werden genutzt, um den Eingang zusätzlich zu verschließen. Durch die obere Öffnung fällt eine Mischung aus Tages- und Kunstlicht. Die Geräusche der Mitbewohner*innen sind von al- len Seiten zu hören. Selbstverständlich zentrale Sanitäranlagen.“

Auf meine Anregung hin fand im Mai eine Besichtigung der Unterkunft mit Mitgliedern des Ortsbeirats statt. Meine Hoffnung war, dass diese unsägliche Lebens- und Wohnsituation dadurch öffentlich würde. Leider ein Irrtum: mit dem Hinweis, dass die Intimsphäre der Bewohner*innen gewahrt werden müsse, erfolgte kein Besuch der Halle. ◀



NEUES BAUGEBIET NÖRDLICH PRAUNHEIM

Alles prima auch fürs Klima?

Barbara David-Wehe und Inge Pauls | Im Norden von Praunheim, entlang der A5, soll ein neuer Stadtteil entstehen. Angesichts der ständig wachsenden Stadtbevölkerung werden neue Wohnungen zwar dringend gebraucht, andererseits überwiegen die Nachteile.

Bereits mehrfach hat sich unsere Zeitung mit dem Stadtklima befasst. Nun erhält das Thema neue Brisanz durch die Absicht des Planungs- dezernenten Mike Josef (SPD), der entlang der A5 im Norden von Praunheim einen neuen Stadtteil für 30.000 Menschen auf einem 550 Hektar großem Gelände (zurzeit landwirt- schaftlich genutzt oder Landschaftsschutz- gebiete) bauen lassen will.

In der offiziellen Verlautbarung des Um- weltamtes Frankfurt zum Stadtklima heißt es: „Das Stadtklima wird innerhalb und außerhalb der Stadt von Kalt- und Frischluftentstehungs- gebieten beeinflusst. Geografisch liegt Frank- furt am Main in einem Becken, sodass die Stadt häufig Windstille und ein geschütztes mildes Klima aufweist. (...) Die Kalt- und Frischluft braucht eine Einströmmöglichkeit in die Stadt. Die häufigsten Windrichtungen sind Südwest und Nordost analog zur Lage des Taunuskamms und der Wetterau. Der Main und die Nidda dienen als übergeordnete Luftleitbahnen.“

Das merken die Bewohner im Ortsbezirk besonders an heißen Sommertagen, wenn nach Sonnenuntergang die Luft angenehm abkühlt und ein leichtes Lüftchen von Norden in Rich- tung Nidda und Main herunterfällt.

Die Frage ist, inwieweit eine Bebauung im Norden des Ortsbezirks entlang der A5 diese

bisherige Situation verändert. Der Klimaplan- atlas 2016 wurde im Frühjahr diesen Jahres von den Vertretern des Umweltamtes im Ortsbeirat vorgestellt. Die Fachleute aus dem Umweltamt haben in mikroskopischer Feinarbeit die Belas- tungen und Erwärmung der Stadtteile bis hin zu einzelnen Straßen aufgearbeitet und stellen

damit eine gute Grundlage dar, um sachlich zu entscheiden, ob und inwieweit eine weitere Versiegelung von Flächen das Stadtklima beein- flusst.

Der bisherige Status aller Stadtteile im Orts- bezirk wird mit „moderater Überwärmung“ an- gegeben, an einigen markanten Stellen findet sich bereits eine „starke Überwärmung“ mit fehlender Belüftung. Das sind in Rödelheim die Gebiete um die Westerbachstraße, am Bahnhof sowie in der Guerickestraße. Ähnliches gilt für das Gewerbegebiet in Praunheim an der Heer- straße. Bislang sind die Wohngebiete einiger- maßen gut gelüftet durch die Kaltluftzufuhr aus dem Nordosten, dem Taunus und insbesondere der Wetterau. Die Luftschneisen werden durch Pfeile aufgezeigt – genau hier würde gebaut! Die Mitarbeiter des Umweltamtes sprachen sich daher äußerst kritisch gegen eine Bebauung an den Ortsrändern aus (Klimaplan-Atlas zum Download unter www.frankfurt.de).

Die Schlussfolgerungen für den Ortsbezirk sind demnach glasklar: ein neuer Stadtteil an der A5 verschlechtert das Klima in Praunheim

und Rödelheim. Der neue Stadtteil ist aus öko- logischer Sicht abzulehnen.

Es ist allerdings davon auszugehen, dass die regierende Koalition bestehend aus CDU, SPD und den Grünen das geplante Baugebiet im Nordwesten Frankfurts trotz aller Einwände und Bedenken durchsetzen wird, um den beste- henden Fehlbedarf an Wohnungen zu decken, denn auch eine Nachverdichtung innerhalb Frankfurts hat ihre Grenzen.

Ausreichende Grünflächen müssen erhalten bleiben und sind wichtig sowohl für das Stadt- klima als auch für Freizeit und Erholung der Bevölkerung. Umso wichtiger ist es, rechtzeitig Anforderungen an die geplante Bebauung zu stellen. Aus unserer Sicht sind dies:

- Klima- und Naturschutz müssen so berück- sichtigt werden, dass für die angrenzenden Stadtteile keine klimatischen Nachteile ent- stehen und die vorhandenen Kaltluftschnei- sen weiterhin Bestand haben.
- Das Problem der Abgasbelastung, sowie der übrigen Schadstoffe durch die Autobahn muss gelöst werden.
- Die Verlegung der Hochspannungsleitungen muss erfolgen.
- Die Infrastruktur muss vor Beginn der Wohnbebauung geschaffen werden. Vor al- lem die Erschließung des Baugebietes durch Anbindung an die geplanten Bahnstrecken und des U-Bahnnetzes muss vor Beginn der Baumaßnahmen erfolgen.
- Dem großen Bedarf an preisgünstigem Wohnraum muss Rechnung getragen wer- den, indem je zu einem Drittel Sozial- wohnungen, Wohnungen nach dem Mit- telstandsprogramm und frei finanzierte Wohnungen gebaut werden.
- Der notwendige Lärmschutz darf nicht durch den Bau von Sozialwohnungen her- gestellt werden. Eine optimale Lösung ist nur möglich mit einer Einhausung der Au- tobahn. ◀



Lesen Sie auch die Stellungnahme von Peter Gärtner: www.die-farbechten.de/?p=1109



STADTPLANUNG

Profit für wenige – Verkehr für alle

Torben Zick | Das ehemalige Gelände der US-Army an der Gaugrafenstraße bietet ein großes Areal mit vielfältigen, gewerblichen Möglichkeiten. Wie hat die Stadt diese Chance genutzt?

Richtig viele freie Flächen gibt es in Frankfurt nicht. Eine der wenigen war in Rödelheim in der Gaugrafenstraße verfügbar, zwar ausgewiesene Gewerbefläche, aber ein großes, verfügbares Areal und vergleichsweise günstig vom Bund zu erwerben.

Wer nun meint, eine solche Gelegenheit sollte man beim Schopfe greifen und selbstverständlich muss die Stadt ein solches Gelände für sich sichern, nicht zuletzt, um die Gestaltungshoheit zu behalten, denkt so falsch nicht. Leider hat sich die damalige Koalition aus CDU und Grünen und insbesondere der damalige Bürgermeister Olaf Cunitz gegen den Erwerb entschieden.

Nun ließ man also diese Gelegenheit verstreichen, mittlerweile hat ein privates Unternehmen das Gelände erworben und – man höre und staune – es möchte „entwickeln“. Ein Logistik-Park soll entstehen. Klingt nach Arbeitsplätzen und wenig Emissionen, also kein Chemiewerk, keine Brauerei oder sonst etwas, das Lärm und Gestank befürchten lässt.

Nur leider ist Logistik eine euphemistische Umschreibung für Verkehr, viel Verkehr, um genau zu sein, geht es bei Logistik doch im Wesentlichen um das Transportieren von Waren. Laut den von den Experten des Stadtplanungsamts im Ortsbeirat vorgestellten Zahlen geht man derzeit von 2400 mal Verkehr pro Tag aus. Das bedeutet, dass 1200 Fahrzeuge, hauptsächlich LKW aller Größenklassen, in das Gewerbegebiet einfahren und es auch wieder verlassen. Dafür seien zwei Zufahrten vorgesehen: eine zur Eschborner Landstraße und eine zur Gaugrafenstraße/Am Seedamm in Höhe des ehemaligen Haupttors. Erstere soll auf maximal 3,5 Tonnen beschränkt werden, damit wird zwar vermieden, dass der Schwerlastverkehr an der Schule in der Eschborner Landstraße vorbeidonnert, aber der Großteil des Verkehrs wird über die jetzt schon chronisch überlastete Gaugrafenstraße/Westerbachstraße abfließen. Dazu kommen eventuell noch die Fahrten der Busse von und zu dem geplanten neuen Busdepot. Dies dann aber, die Anwohner werden es

wohlwollend zur Kenntnis nehmen, vornehmlich in den frühen Morgenstunden, in denen die Verkehrsbelastung noch nicht so dramatisch ist.

Als Gegenmaßnahme wurde seitens des Stadtplanungsamts eine Modernisierung der Kreuzung Westerbachstraße/Wilhelm-Fay-Straße vorgestellt. So viel anders als jetzt wird das Ganze nicht aussehen, man verspricht sich aber ein besseres Abfließen des Verkehrs in Richtung A648.

Schaut man sich heute den Rückstau auf der Gaugrafenstraße an, fragt man sich sofort, wie das funktionieren soll, insbesondere wenn man sich die Kreuzungsgestaltung Gaugrafenstraße/Westerbachstraße anschaut, eine Kreuzung, die trotz Zusicherung seitens der Stadt bis heute nicht zufriedenstellend gestaltet ist. Weder gibt es einen durchgängigen Fahrradweg in Richtung Sossenheim, noch eine Fußgängerquerung zur Bushaltestelle (welche auch nicht realisiert wird, da sich hier die Stadt weigert, auf unsere Vorschläge einzugehen). Die Frage, wie die Zufahrt realisiert werden soll, da sich mutmaßlich fast der gesamte Verkehr zum Gelände durch die kleinen Querung Gaugrafenstraße/Am Seedamm quälen muss, wurde nicht nur nicht beantwortet, sie wurde gleich komplett ignoriert.

Die vorgestellten Planungen sind gänzlich ungeeignet, um die kommenden Probleme in den Griff zu bekommen. Dies ist auch den anderen Fraktionen aufgefallen, insbesondere bei CDU und den Grünen flossen Krokodilstränen, ob der mangelnden Gestaltungsfreiheit seitens der Stadt. Eine Gestaltungsfreiheit, die genau diese Parteien willfährig vergeben haben mit der Weigerung, das Grundstück in städtische Hand zu übernehmen.

Fazit: Herr Cunitz hat einem privaten Investor ein Millionengeschenk gemacht. Bezahlen und darunter leiden dürfen die Anwohner, insbesondere der Westerbachstraße, die sich jetzt schon auf den vierspurigen Ausbau (der sicherlich dann als notwendig durchgedrückt werden wird) freuen dürfen. Nebst Verkehrsbelastung rund um die Uhr. ◀

Hilfe für Geflüchtete

Herbert Bayer | Als im Herbst 2015 Menschen aus Kriegsgebieten wie Syrien, Jemen, Afghanistan und einer Reihe von afrikanischen Ländern nach Deutschland kamen, wurden auch bei uns im Ortsbezirk Einrichtungen und Unterkünfte geschaffen. So wurde unter anderem in der Au in Rödelheim aus einem ehemaligen Messebaubetrieb eine Bleibe für 200 bis 300 Migranten. Auch in Praunheim wurde das ehemalige Gebäude der Praunheimer Werkstätten zu einer Aufnahmestelle für Asylbewerber.

Die Willkommenskultur, die kurze Zeit in der Republik entstand, drohte schnell vor Ort zu kippen, wenn bekannt wurde, wo die Geflüchteten in großer Zahl untergebracht werden sollen. So gab es auch Diskussionen im Ortsbeirat in der Bürgersprechstunde und bei Veranstaltungen der Stadt, in der die Pläne zur Unterbringung der Geflüchteten vorgestellt wurden. Angst und Abwehr waren deutlich zu spüren.

In Rödelheim gibt es aber auch seit längerem eine Vernetzung von Gruppen, Initiativen und Parteien, die sich den Kampf gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit auf die Fahnen geschrieben haben. Die Aktion „Rödelheim – Stadtteil gegen Rassismus“ und die Gruppe „W.i.R.“ sind Beispiele dafür.

Mit konkreten Angeboten und Öffnung zur Begegnung wurden Barrieren abgebaut und die Integration der neuen Bewohner gefördert. Das ehrenamtliche Engagement war keine kurze Episode, sondern besteht fort. Fahrradwerkstatt, Hausaufgabenhilfe, gemeinsame Feste und Ausflüge finden weiterhin statt.

In Praunheim im Gebäude der ehemaligen Praunheimer Werkstätten sind neben den Geflüchteten mittlerweile auch Künstler eingezogen. Und die Jugend hat hier den seit Langem

geforderten Treff einrichten können. So sind die neuen Bewohner nicht isoliert in einem abgeschotteten Gebäudekomplex untergebracht.

Die Hilfe für die Geflüchteten wird geleistet in der Überzeugung, die Integration in die „neue Heimat“, auch wenn es nur ein Aufenthalt für eine begrenzte Zeit ist, zu unterstützen und ein menschenwürdiges Leben gestalten zu können. Dabei unterliegen die ehrenamtlichen Helfer nicht der Illusion des „Gutmenschentum“. Die Asylbewerber sind wie die Einheimischen auch Menschen mit Macken, Fehlern, Wünschen und der Last und den Verletzungen, der Flucht. Ein mitunter großer Rucksack, den sie da mitschleppen.

Ein weiterer Aspekt des Engagements ist der Kampf gegen den Rechtsruck und die um sich greifende Ausländerfeindlichkeit. Dabei wird oft vergessen, dass es sich nicht um ein neues Phänomen handelt, das erst durch die Ankunft von Geflüchteten ausgelöst worden wäre. Schon lange vor dem Herbst 2015 gab es diese Entwicklung bis ins bürgerliche Milieu hinein. Thilo Sarrazins Bestseller erschien beispielsweise schon 2010. Kurz nach der Wiedervereinigung, Anfang der 1990er-Jahre, brannten Unterkünfte von Asylbewerbern.

In neuem Gewand und als Kristallisationspunkt und Sammlungsbewegung tritt seit einiger Zeit die AfD auf, die es mit dem Schüren von Ängsten in viele Parlamente geschafft hat, zur Spaltung der Gesellschaft beiträgt und eine Gefahr für die Demokratie darstellt.

Wir begrüßen und unterstützen deshalb die Aktion: „AfD nicht in den Landtag“ zur anstehenden Landtagswahl in Hessen (www.aufstehen-gegen-rassismus.de/aktuelles/keine-afd-in-den-hessischen-landtag/). ▶



Eine junge Geflüchtete erzählt ...

Ich heiße Iman und ich bin 16 Jahre alt. Ich habe noch vier jüngere Geschwister. Meine Schwestern sind 15 und 7 Jahre alt und meine Brüder sind 11 und 12 Jahre alt. Wir kommen aus Afghanistan. Wir haben in Kabul gelebt. Dort gibt es jede Woche Anschläge. Meine Eltern hatten große Angst um uns Kinder.

In Kabul sind die Taliban sehr stark. Mädchen sollen nicht in die Schule gehen, sondern heiraten, kochen und sauber machen. Ich will in die Schule gehen und zur Universität gehen und nicht verheiratet werden. Mein Opa wollte nicht, dass meine Mutter arbeiten geht. Meine Mutter hat als Lehrerin gearbeitet. Als ich 14 Jahre geworden bin, wollten mein Opa und mein Onkel, dass ich heirate.

Seit Oktober 2015 wohne ich mit meiner Familie in Frankfurt-Rödelheim. Wir wohnen in einer Flüchtlingsunterkunft und haben zwei Zimmer. Das eine Zimmer ist in einem anderen Stockwerk. Wir leben eigentlich alle zusammen nur in einem Zimmer.

Im Dezember 2015 bin ich mit meiner Schwester in die Intensiv-Klasse der IGS-West gekommen. Wir waren Mädchen und Jungen aus vielen Ländern: Polen, Russland, Rumänien, Bulgarien, Indien und Afghanistan. Die Lehrer waren sehr nett und haben viel mit uns unternommen. Wir haben viele Ausflüge gemacht. Am Spannendsten war, wie wir einen Ausflug von drei Tagen zum Point Alpha bei Geisa gemacht haben.

Wie ich das erste Mal in der Schule war, hatte ich Angst, dass ich nicht Deutsch lernen könnte. Zu Hause habe ich immer geübt und geübt. Jeden Sonntag und jeden Montag bin ich noch in einen Deutschkurs gegangen. Nach sechs Monaten konnte ich so gut Deutsch und so gut Grammatik, dass mein Lehrer gesagt hat, ich könnte jetzt in die reguläre Klasse gehen.

Nach den Sommerferien komme ich in das 10. Schuljahr. In vielen Fächern bin ich im E-Kurs. Meine Lieblingsfächer sind Mathe, Englisch und Chemie. Ich liebe Sport und meine Hobbys sind Basketball und Volleyball. Ich möchte Abitur machen und dann Jura studieren.

Meine Geschwister gehen in die Schule. Mein Vater arbeitet seit Januar in einer Bäckerei. Er arbeitet nachts von 1 Uhr bis morgens um 9:30. Die Arbeit gefällt ihm gut. Er hat nette Kollegen und einen guten Chef. Jeden Mittag geht er in einen Deutschkurs. Meine Mutter geht jeden Vormittag zum Deutsch lernen, bald möchte sie auch arbeiten.

Uns geht es gut und wir fühlen uns in Frankfurt und in Rödelheim wohl. Was wir uns aber alle sehr wünschen, ist eine Wohnung. ▶



Grund und Boden

Eyup Yilmaz und Inge Pauls | Grund und Boden ist ein besonderes Gut: es lässt sich nicht vermehren. Und je weniger vorhanden ist, desto wertvoller wird er: ohne Boden keine Wohnung, keine Straße, keine Schule, keine Infrastruktur.

Die Bodenpreise in den Großstädten sind in den letzten Jahren explodiert. Es ist eine natürliche Entwicklung durch Verknappung, wenn immer mehr Menschen in den begrenzten Raum Frankfurt ziehen wollen. Und das treibt in der Folge die Immobilienpreise und Mietpreise in die Höhe.

Es gibt ein Mittel dagegen, das früher üblich war: die Stadt ist Besitzerin des Bodens und vergibt Areale nur in Erbpacht, z.B. auf 99 Jahre. Das bedeutet: sie behält grundsätzlich die Eigentumsrechte, sie erhält Pacht als Zins auf den Boden, sie garantiert Verlässlichkeit durch die lange Dauer, sie kann aber auch gestalten und Stadtplanung betreiben.

Genau dieser Möglichkeit entkleidet sich ein Magistrat, wenn er in großem Stil Areale an private Investoren verkauft. Das wird inzwischen nicht nur von Stararchitekten beklagt, die kaum noch Handlungsmöglichkeiten für Stadtplanung sehen. Nach einer Aufstellung der Fraktion Die Linke im Römer hat die Stadt seit Juni 2016 eine Gesamtfläche von mehr als drei Hektar veräußert und damit fast zehn Mil-

lionen Euro eingenommen. Damit nutzt der Magistrat die Spekulation um den Boden aus, gleichzeitig schadet er dem Wohnungs- und Mietmarkt, indem er als Verkäufer den höchstmöglichen Preis erreichen will. Zwar behauptet das Liegenschaftsdezernat, dass es grundsätzlich nichts verkaufe (FR vom 11.3.2018) und nur „in gut begründeten Fällen [davon ab-] weiche“. Diese scheinen aber nicht so selten zu sein, wie die Zahlen zeigen. Außerdem hat

sich der Magistrat einen Blankoschein für den Verkauf von Grundstücken unter 100.000 Euro von der Römer-Koalition (CDU/Grüne/SPD) geben lassen – um Planungen beschleunigen zu können, heißt es in der Begründung.

Unter den 300.000 Miethaushalten sind 44% berechtigt, eine Sozialwohnung zu beziehen. Registrierte Wohnungssuchende: 9592 (Ende 2015). Angesichts der Neubauprojekte für Sozialwohnungen eine dramatische Situation.



Andererseits kommt die Stadt mit dem Wohnungsbau kaum hinterher: Aus einer kleinen Anfrage der Fraktion Die Linke im Römer (Frage 1279) geht hervor, dass im Bereich Wohnen 4722 Wohneinheiten im Jahr 2017 fertiggestellt worden sind. Davon sind gefördert: im Förderweg 1: 134 (!) Sozialwohnungen, Förderweg 2: 87 (!) im Mittelstandsprogramm. Damit sind nicht einmal drei Prozent der neu gebauten Wohnungen Sozialwohnungen! Sogar Wohnungsbaugesellschaften in städtischem Besitz oder Teilbesitz (ABG und Nassauische Heimstätten) bauen zu wenig günstige Sozialwohnungen. Zugleich setzt sich der Prozess, der seit einigen Jahren die Wohnungssituation für bezahlbaren Wohnraum immer weiter verschärft, stetig fort: Jahr für Jahr fallen mehr Wohnungen aus der Sozialbindung heraus als neue gebaut werden, diese werden an den Mietpiegel bzw. die Marktpreise angepasst. Das ist letztlich Mieter*innen-vertreibung oder – weil jeder Umzug derzeit das Haushaltsbudget noch mehr belastet – die Einschränkung der Lebenshaltungskosten zugunsten der Vermieter*innen.

In den nächsten Jahren können in Frankfurt bis zu 4000 Wohnungen aus der Sozialbindung fallen, wenn die Stadt nicht entschlossen gegensteuert: teilweise ist eine Verlängerung der Laufzeiten für Sozialbindung vorgesehen. Auch ein massives Programm zum Kauf von Belegrechten durch die Stadt würde den Druck schneller lindern als das Darlehensförderprogramm für private Investoren, für das der Magistrat sich gerade feiert. ◀

NSU-Untersuchungsausschuss in Hessen: Bilanz einer Aufklärung

Janine Wissler | Dass über mehrere Jahre eine rechtsterroristische Gruppe durch die Lande ziehen konnte und Bürger der Bundesrepublik Deutschland mit ausländischen Wurzeln ermordete, macht immer wieder aufs Neue fassungslos. Das Versagen der Ermittlungsbehörden aufzuarbeiten ist ein wichtiges Anliegen der Linken, so auch in Hessen. Hier setzte sich Die Linke für einen Untersuchungsausschuss ein, der den Mord in Kassel an Halit Yozgat untersucht. Nun liegt, kurz vor dem Ende der Legislaturperiode, der Abschlussbericht vor.

Da der vorgelegte Abschlussbericht nicht alle wichtigen Ergebnisse und Erkenntnisse ausreichend würdigt, gibt es einen eigenen Abschlussbericht der Fraktion Die Linke im Hessischen Landtag. Darin wird auch auf den skandalösen Umgang mit den Opferfamilien eingegangen.

Die Regierungsparteien – CDU und Grüne Hessen – hatten von Anfang an versucht, den Untersuchungsausschuss zu verhindern und die Aufklärung zu erschweren. Ohne Die Linke im Landtag hätte es keinen NSU-Untersuchungsausschuss gegeben – eine linke Opposition im hessischen Landtag ist aus diesem und vielen

anderen Gründen unentbehrlich. Näheres zur Arbeit der Fraktion im hessischen Landtag: www.linksfraktion-hessen.de ◀



Nachruf

Peter Gärtner ist tot. Völlig überraschend verstarb er in diesem Jahr an Ostern in seinem Urlaub an einem schweren Herzinfarkt.

Peter Gärtner hat sein Leben lang in Frankfurt und vor allem in Rödelheim Politik gemacht – als Grüner, als Farbechter und in Zusammenarbeit mit der Liste die farbechten/Die Linke im Ortsbeirat oder als Stadtverordneter im Römer. In der Friedensinitiative organisierte er jedes Jahr den Ostermarsch und das Gedenken an den Jahrestag von Hiroshima und sprach bei den Gedenkfeiern am Mahmal der ehemaligen Rödelheimer Synagoge. In der evangelischen Cyriakusgemeinde und in der Bosnien-Initiative „Ferien vom Krieg“ galt sein Engagement dem Frieden und der religionsübergreifenden Verständigung. In verschiedenen Bürgerinitiativen setzte er sich gegen den Kahlschlag in den Parks und für die lebenswerte Neugestaltung des Rödelheimer Ortskerns ein. Ob auf der Straße oder als Elternbeirat – wo immer es galt, sich zu engagieren, Peter Gärtner war da.

Man kann sich Rödelheim ohne Peter Gärtner kaum vorstellen. Er hinterlässt eine riesige Lücke und fehlt auch in der Ortsbeiratsfraktion, die von seinem Sachverstand, seiner peniblen Vorbereitung und seinen umfassenden Kenntnissen in Verkehrs- und Stadtplanung



enorm profitierte. Er bereite Anfragen und Anträge mit vor, war trotz seines vollen Terminkalenders immer ansprechbar und diskutierte auch kontrovers mit.

Zuletzt hatte er sich mit dem umstrittenen geplanten neuen Stadtteil im Norden von Praunheim, entlang der A5, beschäftigt. Seine kritische Stellungnahme bildet die Grundlage für den Beitrag auf Seite 2 dieser Zeitung.

Helmut Furtmann, für den Sprecherkreis der Stadtteilgruppe die farbechten/Die Linke ◀

IMPRESSUM UND KONTAKT

Herausgeber

die farbechten/Die Linke
Stadtteilgruppe Rödelheim, Praunheim,
Hausen, Westhausen, Industriehof

Redaktion

Inge Pauls (V.i.S.d.P.), Herbert Bayer,
Barbara David-Wehe, Torben Zick

Inge Pauls

Schenckstr. 66, 60489 Frankfurt
E-Mail: ingepauls@web.de

Layout, Grafik

typokalisch frankfurt

Auflage: 10.000 Exemplare

Erscheinungsweise

unregelmäßig; ältere Ausgaben können unter www.die-farbechten.de im Download-Bereich als PDF heruntergeladen werden.

Fotos: die farbechten/Die Linke, sowie:

S. 2: Shutterstock/petmalinak (Grüne Stadt);
S. 3: Shutterstock/Pakula Piotr (Autos)

Kontakt zur Ortsbeiratsfraktion

Barbara David-Wehe: barbara_david@web.de
Torben Zick: obr7@zick.de

Mitmachen

Die Mitglieder der Stadtteilgruppe treffen sich jeden ersten Donnerstag im Monat.

An jedem dritten Donnerstag im Monat findet ein Stammtisch zum Kennenlernen statt.

Jeweils 19.30 Uhr, Rödelheimer Vereinsringhaus,
Friedel-Schomann-Weg 7, 60489 Frankfurt

Links

Stadtteilgruppe im Ortsbezirk 7:
www.die-farbechten.de
www.die-linke-roedelheim.de

Die Linke im Römer:
www.dielinke-im-roemer.de

Die Linke im hessischen Landtag:
www.linksfraktion-hessen.de